



Kurznachrichten der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU

Redaktionsschluss 30. November 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

dies ist unser letzter Newsletter in diesem Jahr.

Wir bedanken uns für Ihr Interesse an den Informationen, die wir Ihnen fast monatlich aus Brüssel übersenden.

Zu guter Letzt möchten wir Sie noch über die personelle Verstärkung informieren, die wir erhalten haben. Frau Marita Thielsen ist seit dem 15. November 2018 als Referentin für Justiz und Verbraucherschutz durch das Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz nach Brüssel entsandt worden. Sie war zuvor als Richterin am Amtsgericht in Prenzlau tätig.

Wir wünschen Ihnen erholsame Feiertage
und einen guten Start ins Neue Jahr!



Ihr Team der Landesvertretung

Unsere Themen im Überblick

Grußwort	1
I. TOP-Thema	5
Langzeitstrategie für ein klimaneutrales Europa	5
II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –	7
1. Brexit	7
1.1. KOM: Austrittsabkommen und künftige Beziehungen	7
1.2. Rat: Sondergipfel zum Brexit	7
1.3. EP: Diskussion zwischen Abgeordneten und Barnier.....	7
1.4. KOM: Notfallplan im Falle des „No-Deals“	8
1.5. KOM: Bürgerinitiative zu EU-weitem Brexit-Referendum.....	8
2. Inneres	8
2.1. Rat: Stärkung von eu-LISA.....	8
2.2. EuRH: Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei	9
2.3. EP: Schutz von Minderheiten	9
2.4. KOM: Soforthilfen für Griechenland	9
2.5. EP: Notfallwarnsystem für Europa.....	10
2.6. KOM: UN-Migrationspakt	10
2.7. Rat: Politikrahmen für Cyberabwehr	10
2.8. Rat: Strategie gegen illegale Waffen.....	11
2.9. Rat: Schengener Informationssystem	11
2.10. EP: Schutz für Whistleblower/innen	11
3. Justiz und Verbraucherschutz	12
3.1. EP: Kritik an Jugendamtsarbeit	12
3.2. KOM: Europäische/r Generalstaatsanwalt/-anwältin	12
3.3. KOM, EP: Lage des Rechtsstaates in Rumänien	13
3.4. KOM: EU-Bürgerinitiative zur Kennzeichnung von Lebensmitteln.....	13
3.5. KOM: Umgang mit endokrinen Disruptoren.....	13
3.6. Rat: Tierarzt-Paket.....	14
3.7. Rat: Persistente organische Schadstoffe.....	14
4. Finanzen	15
4.1. EP: Mehrjähriger Finanzrahmen 2021–2027.....	15
4.2. KOM: EU-Haushalt für 2019.....	15
4.3. KOM: Zwischenstand bei Bankenunion und Kapitalmarktunion	15
4.4. KOM: Vorbereitung eines Defizitverfahrens gegen Italien	16
4.5. KOM: Eurobarometer-Umfrage zum Euro	16
4.6. EP: Cum-Ex-Geschäfte	17

5.	Wirtschaft und Energie	17
5.1.	Rat: „Platform to Business“ Verordnung	17
5.2.	KOM: Abschaffung des Geoblockings	18
5.3.	KOM: Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen.....	18
5.4.	KOM: Neubewertung des Binnenmarktes	18
5.5.	KOM: Aktionsplan zur Normung des Binnenmarktes.....	19
5.6.	KOM: 36 Mio. Arbeitsplätze in der EU durch Export.....	19
5.7.	KOM: Änderung des WTO-Berufungsgremiums.....	19
5.8.	KOM: Fusionen von Daimler und BMW	20
5.9.	KOM: Athen Europäische Innovationshauptstadt 2018.....	20
5.10.	KOM: Beihilfen für Solaranlagen in Frankreich	20
5.11.	KOM: Richtlinie Energieeffizienz.....	21
5.12.	EP und Rat: Risikovorsorge im Elektrizitätssektor.....	21
5.13.	KOM: Konsultation zu Strominfrastrukturprojekten.....	21
6.	Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft.....	22
6.1.	EuRH: Vorschlag der KOM zur GAP	22
6.2.	KOM: Halbierung der Magermilchpulverbestände.....	22
6.3.	KOM: 2019 höhere Absatzförderung von Agrarerzeugnissen	22
6.4.	EP: Öffentliche Anhörung zum LEADER-Programm	22
6.5.	Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ im November	23
6.6.	Eurostat: Landwirtschaftliche Erzeugung 2017	23
6.7.	EP: Zustimmung zu neuen Klimazielen bis 2030	23
6.8.	EP: CO2-Emissionen bei Lastkraftwagen.....	24
6.9.	EP, Rat: Maßnahmen für organischen und abfallbasierten Dünger	24
6.10.	EuRH: Verbesserungsbedarf bei der EU-Hochwasserrichtlinie.....	25
7.	Wissenschaft, Forschung und Kultur	25
7.1.	Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ (Bereich Forschung) im November	25
7.2.	KOM: Europäische Cloud für offene Wissenschaft	25
7.3.	Wegweiser zur EU-Hochschulförderung	26
7.4.	Rat „Bildung“ im November	26
7.5.	Rat „Kultur“ im November.....	26
7.6.	EP: Lux-Filmpreis 2018 für „Gegen den Strom“	27
7.7.	Rat: Illegale Einfuhr von Kulturgütern	27
8.	Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.....	27
8.1.	KOM: Europäische Säule der sozialen Rechte.....	27
8.2.	KOM: Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen.....	28
8.3.	KOM: Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen	28
8.4.	EuGH: Verlust der Ansprüche auf bezahlten Jahresurlaub	28

8.5.	EuGH: Urlaubsanspruch von verstorbenen Arbeitnehmenden	28
9.	Infrastruktur und Landesplanung	29
9.1.	Rat: Erneuerung der Leipzig-Charta	29
9.2.	KOM: EU-Städteagenda	29
9.3.	KOM: Konsultation zu Bauproduktenverordnung	29
9.4.	Rat: Sicherung des Wettbewerbs in der Luftfahrt.....	30
9.5.	Rat und EP: Interoperabilität von Mautsystemen	30
9.6.	EP: Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr.....	30
9.7.	KOM: Förderung für umweltfreundlichere Busse	30
9.8.	KOM: Fehlende Informationen über sichere Parkplätze.....	31
9.9.	Rat: Hochgeschwindigkeitsschienennetz in der EU.....	31
10.	Verschiedenes	31
10.1.	EP: Was tut die EU für mich?	31
10.2.	KOM: Eurobarometer-Umfrage	32
10.3.	KOM: Änderungen der Zusammensetzung von AdR und EWSA.....	32
III.	Aktuelles aus der Landesvertretung.....	33
	Informationsbesuch der EU-Referentinnen und Referenten	33
IV.	Öffentliche Konsultationen.....	34
V.	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung.....	35

I. TOP-Thema -

Langzeitstrategie für ein klimaneutrales Europa

Auf die Aufforderung des Europäischen Rates vom März 2018 hat die Europäische Kommission (KOM) am 28. November 2018 ihre strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft – Ein sauberer Planet für alle – veröffentlicht. Der Vorschlag für ein klimaneutrales Europa bis 2050 wurde zuvor von den 28 EU-Kommissarinnen und Kommissaren verabschiedet und wird durch eine ausführliche Analyse gestützt. Die Strategie umfasst beinahe alle Politikbereiche der EU und steht mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang, den Temperaturanstieg möglichst auf 1,5°C zu begrenzen.

Die Strategie zeigt auf, wie Europa auf dem Weg zur Klimaneutralität vorangehen kann, indem in realistische technologische Lösungen investiert, den Bürgerinnen und Bürgern Eigenverantwortung übertragen wird sowie Maßnahmen in Schlüsselbereichen wie Industriepolitik, Finanzwesen oder Forschung miteinander abgestimmt werden. Gleichzeitig soll dafür Sorge getragen werden, dass der Übergang sozial gerecht ist.

Die KOM empfiehlt, bis 2050 die Nettotreibhausgasneutralität innerhalb der EU zu erreichen. Konkret bedeutet dies, dass sich die wenigen in solch einem Szenario verbleibenden Emissionen und die Entnahme von Treibhausgasen aus der Atmosphäre durch Natur und Technik die Waage halten. Thematisiert wird in diesem Zusammenhang die besondere Rolle der Land- und Forstwirtschaft, die einerseits selbst Emittent klimaschädlicher Gase ist, andererseits aber auch über Potenziale einer CO₂-Senkenfunktion verfügt und daher in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückt.

Die KOM sieht zur einschneidenden Emissionsreduktion Maßnahmen in sieben strategischen Bereichen als erforderlich an:

1. Maximierung des Nutzens von Energieeffizienz
2. Maximale Nutzung erneuerbarer Energien und von Strom für die vollständige Dekarbonisierung der Energieversorgung Europas
3. Entscheidung für saubere, sichere und vernetzte Mobilität
4. Eine wettbewerbsfähige EU-Industrie und die Kreislaufwirtschaft als Schlüssel für die Senkung der Treibhausgasemissionen
5. Entwicklung einer adäquaten intelligenten Netzinfrastruktur und von Netzverbindungen
6. Vollen Nutzen aus der Biowirtschaft ziehen und wesentliche CO₂-Senken schaffen

7. Beseitigung der verbleibenden CO₂-Emissionen durch CO₂-Abscheidung und -Speicherung.

Um das von der KOM für notwendig erachtete Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 zu erreichen und zu stabilisieren, müssen weitergehende Maßnahmen ergriffen werden. Insbesondere sind nach 2050 sog. „negative Emissionen“ notwendig. Demnach müssen der Atmosphäre mehr Treibhausgase entzogen als emittiert werden. Nach Vorstellungen der KOM geschieht dies durch den Einsatz von Bioenergie mit Carbon Capture and Storage (engl. „BECCS“). Biomasse, die beim Heranwachsen Kohlenstoff bindet, wird energetisch verwertet, der Ausstoß von Treibhausgasen aber durch die Abscheidung und Speicherung (CCS) verhindert. Zusätzlich wird stärker auf die Kreislaufwirtschaft und eine grundlegende Veränderung des Verhaltens der Verbrauchenden gesetzt. Auch eine veränderte Landnutzung trägt zur Absorption von Treibhausgasen bei, um den Bedarf an negativen Emissionen nach 2050 zu verringern.

Die Szenarien hin zur Treibhausgasneutralität wirken sich nach Schätzungen der KOM moderat positiv auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus. Letzteres würde im Jahr 2050 um bis zu 2% höher ausfallen im Vergleich zu einem Szenario ohne zusätzliche Maßnahmen. Der Investitionsbedarf in die Energieinfrastruktur und damit zusammenhängender Infrastruktur steigt von 2% auf 2,8% des BIP (520 - 575 Mrd. EUR jährlich).

Die KOM fordert die nationalen Gesetzgeber auf, sich intensiv mit dem Strategievorschlag auseinanderzusetzen und strebt eine Positionierung der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs auf dem Europäischen Gipfel am 9. Mai 2019 in Sibiu/Rumänien an.

Die Mitgliedstaaten sollen der KOM bis Ende 2018 ihre nationalen Klima- und Energiepläne im Entwurf vorlegen, die wesentlich für die Verwirklichung der klima- und energiepolitischen Ziele für 2030 sind und die unter Berücksichtigung der langfristigen Strategie der EU zukunftsgerichtet sein sollten.

Die Langzeitstrategie ist eine Aufforderung an alle EU-Organe, nationalen Parlamente, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Städte und Gemeinden sowie Bürgerinnen und Bürger mitzumachen und sicherzustellen, dass die EU auch künftig wegweisend vorangehen kann. Die EU-weite informationsbasierte Debatte sollte es der EU ermöglichen, bis Anfang des Jahres 2020 eine ehrgeizige Strategie zu verabschieden und diese gemäß dem Übereinkommen von Paris dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) zu übermitteln.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6543_de.htm

II. Aktuelle Entwicklungen – kurz und knapp –

1. Brexit

1.1. KOM: Austrittsabkommen und künftige Beziehungen

Am 15. November 2018 haben die Chefunterhändler der EU und des Vereinten Königreiches (UK) eine Einigung über das Austrittsabkommen und wesentliche Aspekte einer politischen Erklärung zu den künftigen Beziehungen erzielt. Das alle Elemente des Ausstiegs umfassende Austrittsabkommen wurde am 25. November vom Europäischen Rat formalisiert und muss nun von beiden Seiten ratifiziert werden. Hinsichtlich der Grenze zwischen Irland und Nordirland soll bis zum Ende der Übergangszeit am 1. Juli 2020 eine Lösung gefunden werden. Liegt diese nicht vor, erfolgt entweder eine Verlängerung der Übergangszeit oder der sog. Backstop von Januar 2021 bis zur Finalisierung des Abkommens. Dieser umfasst ein einheitliches Zollgebiet ohne Fischerei- und Aquakulturerzeugnisse.

https://ec.europa.eu/germany/news/2018115-brexit-verhandler-einigen-sich-ratspraesident-tusk-beruft-sondergipfel-ein_de

1.2. Rat: Sondergipfel zum Brexit

Am 25. November 2018 hat der Rat (EU-27) auf einem Sondergipfel das von den Chefunterhändlern ausgehandelte Austrittsabkommen angenommen. Damit dieses am 30. März 2019 wirksam wird, ist die Ratifizierung durch das Britische Parlament, das EP und die abschließende Abstimmung im Rat erforderlich. Zudem hat der Rat der Politischen Erklärung über die künftigen Beziehungen zugestimmt. Er betont den Willen zu einer weiterhin engen Partnerschaft im Rahmen der allgemeinen Standpunkte und Grundsätze der EU.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/25/european-council-art-50-conclusions-25-november-2018/pdf>

1.3. EP: Diskussion zwischen Abgeordneten und Barnier

Am 29. November 2018 fand im Plenum eine Debatte mit dem Brexit-Chefunterhändler der EU statt. Mitglieder der Steuerungsgruppe Brexit im EP kommentierten die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates und unterstrichen den Ernst des Augenblicks. Brexit-Koordinator Guy Verhofstadt (MdEP, ALDE) betonte, dass die Einigung in Bezug auf die britische Politik und die EU-Prinzipien die einzige und beste Lösung darstelle. Das EP wird Anfang 2019 vor dem abschließenden Votum des Rates über das Austrittsabkommen abstimmen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181126IPR20156/brexit-the-time-has-come-to-back-the-withdrawal-deal>

1.4. KOM: Notfallplan im Falle des „No-Deals“

Am 13. November 2018 hat die KOM eine Mitteilung mit Notfallmaßnahmen bei ausbleiben der Einigung über den Brexit veröffentlicht. Unabhängig von dem Ausgang der Verhandlungen nahm die KOM zudem zwei Vorschläge zu Anpassungen des EU-Rechts im Bereich Visa und Energieeffizienz an. Bezüglich der Visa soll eine gegenseitige visumsfreie Einreise für private und geschäftliche Kurzaufenthalte von bis zu 90 Tagen erlaubt sein. Außerdem wurde über Änderungen für Reisende nach UK bei ausbleibender Einigung informiert. Die KOM betont, dass ein „No-Deal“ die in jedem Falle auftretenden Störungen noch verschärfen würde.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181113-brexit-kommission-skizziert-notfallplan-falls-keine-einigung_de

1.5. KOM: Bürgerinitiative zu EU-weitem Brexit-Referendum

Am 28. November 2018 hat die KOM die Registrierung der Bürgerinitiative „EU-weites Referendum, um festzustellen, ob die EU-Bürger den Verbleib oder Austritt des Vereinigten Königreiches wollen!“ abgelehnt. Die Initiative möchte durch ein Referendum allen EU-Bürgerinnen und Bürgern die Meinungsäußerung zum Brexit ermöglichen. Die KOM begründet ihre ablehnende Entscheidung damit, dass jedem Mitgliedstaat der Austritt aus der EU zustehe.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181128-buergerinitiative-referendum_de

2. Inneres

2.1. Rat: Stärkung von eu-LISA

Am 9. November 2018 hat der Rat eine Verordnung zur Stärkung des Mandats der EU-Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA) angenommen. Damit wird die Agentur u. a. die für die Interoperabilität der EU-Informationssysteme benötigten technischen Komponenten bereitstellen, geplante neue Informationssysteme einbinden und betreiben sowie bestehende Systeme weiterentwickeln. Die Verordnung muss noch von Rat und EP unterzeichnet werden und tritt 20 Tage nach Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/09/developing-it-systems-in-the-area-of-freedom-security-and-justice-council-agrees-a-stronger-role-for-eu-lisa/>
http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6324_de.htm

2.2. EuRH: Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei

Am 13. November 2018 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) einen Sonderbericht zur Fazilität der EU für Flüchtlinge in der Türkei, in dem er hauptsächlich die erste Finanzierungstranche von 3 Mrd. EUR betrachtet hat. Der EuRH hat festgestellt, dass durch diese Fazilität unter schwierigen Bedingungen zügig Mittel mobilisiert werden konnten und so eine rasche Reaktion auf die Flüchtlingskrise möglich war, wobei jedoch eine wirksame Koordinierung nicht vollständig erreicht wurde. Die geprüften humanitären Projekte boten Unterstützung für die Flüchtlinge, wenn auch noch nicht in allen Projekten die erwarteten Wirkungen erzielt wurden. Bei der Wirtschaftlichkeit der humanitären Projekte sieht der EuRH noch Verbesserungspotential.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=47552>

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR18_27/INSR_TRF_DE.pdf

2.3. EP: Schutz von Minderheiten

Mit einer Entschließung vom 13. November 2018 fordert das EP die KOM auf, einen Richtlinienentwurf für Mindestnormen für Minderheiten in der EU vorzulegen, der auch Maßnahmen zur Beendigung von Diskriminierung durch die Mitgliedstaaten enthält. Die 8% der EU-Bürgerinnen und Bürger, die Minderheiten angehören, sollen gleichberechtigt hinsichtlich kultureller, sprachlicher und Bildungsrechte sein. Das EP fordert ferner, Maßnahmen zur Gewährleistung der Präsenz regionaler und Minderheitensprachen, die von etwa 10% der EU-Bevölkerung gesprochen werden, im Bildungssystem und in den Medien zu ergreifen. Besorgt zeigte sich das EP über die Zahl staatenloser Roma, die häufig von Ausgrenzung betroffen sind.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181106IPR18321/meps-call-for-eu-rules-to-better-protect-minorities-rights>

2.4. KOM: Soforthilfen für Griechenland

Am 14. November 2018 hat die KOM weitere 43,7 Mio. EUR Soforthilfe zur Bewältigung der Migration in Griechenland bereitgestellt. Die Hilfe erhält die Internationale Organisation für Migration für die Errichtung von bis zu 6.000 zusätzlichen Notunterkünften, um insb. den schutzbedürftigsten Migrantinnen und Migranten eine menschenwürdige Unterkunft und

grundlegende Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Damit steigt die Unterstützung der KOM für Migration und Außengrenzenschutz in Griechenland auf über 1,6 Mrd. EUR.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181114-soforthilfe-fuer-fluechtlingsunterkuenfte-griechenland_de

2.5. EP: Notfallwarnsystem für Europa

Das EP hat am 14. November 2018 das Telekom-Paket angenommen, das neben der Kostenbegrenzung für Anrufe innerhalb der EU auch die Verbesserung der Sicherheit für Smartphone-Nutzende sowie ein neues Warnsystem für Notfälle beinhaltet. Damit sollen Bürgerinnen und Bürger per SMS oder mobilen Apps im Falle eines schweren Notfalls oder einer Katastrophe gewarnt werden. Das System muss in den Mitgliedstaaten innerhalb von 42 Monaten nach Inkrafttreten der Richtlinie eingeführt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181106IPR18320/parlament-deckelt-preise-fur-anrufe-innerhalb-der-eu-billigt-notfallwarnsystem>

2.6. KOM: UN-Migrationspakt

Auf der Plenarsitzung des EP am 14. November 2018 hat die KOM bekräftigt, den UN-Pakt über eine sichere und geordnete Migration nachdrücklich zu unterstützen. Das erste Abkommen auf internationaler Ebene war nach zwei Jahren intensiver Konsultationen und Verhandlungen auf UN-Ebene zustande gekommen. Es soll auf einer Regierungskonferenz am 10. und 11. Dezember 2018 in Marrakesch (Marokko) angenommen werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181114-kommission-bekraeftigt-unterstuetzung-fuer-un-migrationspakt_de

[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-18-6417_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-18-6417_en.htm)

2.7. Rat: Politikrahmen für Cyberabwehr

Am 19. November 2018 hat der Rat "Auswärtige Angelegenheiten" einen neuen Politikrahmen für die Cyberabwehr angenommen. Hauptschwerpunkte sind die Entwicklung von Cyberfähigkeiten und der Schutz der für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik genutzten Kommunikations- und Informationsnetze. Weitere Prioritäten sind Schulung und Übungen, Forschung und Technologie, zivil-militärische Zusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit. Es werden auch die Rollen der verschiedenen europäischen Akteure näher bestimmt. Ziel ist die Entwicklung von robusten Cybersicherheits- und Cyberabwehrfähigkeiten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/19/cyber-defence-council-updates-policy-framework/>

2.8. Rat: Strategie gegen illegale Waffen

Der Rat "Auswärtige Angelegenheiten" hat am 19. November 2018 eine neue EU-Strategie gegen unerlaubte Feuerwaffen, Kleinwaffen und leichte Waffen sowie dazugehörige Munition verabschiedet. Ziel ist die Vorgabe von Leitlinien für ein integriertes, kollektives und koordiniertes Vorgehen bei der Verhinderung und Eindämmung des unerlaubten Waffen- und Munitionserwerbs durch Terroristen, Kriminelle und andere unbefugte Akteure.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/19/securing-arms-protecting-citizens-council-adopts-new-eu-strategy-against-illicit-firearms-small-arms-and-light-weapons-and-their-ammunition/>

2.9. Rat: Schengener Informationssystem

Am 19. November 2018 hat der Rat drei Verordnungen zur Stärkung des Schengener Informationssystems angenommen. Die Verordnungen betreffen die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, Grenzkontrollen und die Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger. Neuerungen gibt es hinsichtlich der Ausschreibungskategorien, der Arten der Daten, des Datenschutzes und Datenzuganges sowie der Interoperabilität. Die Verordnungen müssen noch vom Parlamentspräsidenten und vom Ratsvorsitzenden unterzeichnet werden. 20 Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU treten sie in Kraft. Die Implementierung der neuen Funktionen erfolgt dann schrittweise.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/19/schengen-information-system-council-adopts-new-rules-to-strengthen-security-in-the-eu/pdf>

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6450_de.htm

2.10. EP: Schutz für Whistleblower/innen

Am 20. November 2018 hat der Rechtsausschuss des EP den Vorschlag zum Schutz von Whistleblowern angenommen. Das Gesetzesvorhaben soll Whistleblower innerhalb der EU in die Lage versetzen, ohne die Befürchtung von Vergeltungsmaßnahmen oder Einschüchterungen über Verstöße gegen EU-Recht in den Bereichen Steuerhinterziehung, Korruption, Umweltschutz und öffentliche Gesundheit und Sicherheit berichten zu können. Der Rechtsausschuss möchte den gleichen Schutz auch für diejenigen einführen, die Whistleblower bei Meldungen unterstützen, wie beispielsweise Journalisten. Nach Erteilung des Verhand-

lungsmandats durch das EP können die Gespräche mit den EU-Ministern über die Gesetzesvorlage beginnen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181120IPR19504/eu-wide-protection-and-support-for-whistle-blowers>

3. Justiz und Verbraucherschutz

3.1. EP: Kritik an Jugendamtsarbeit

Das EP hat am 29. November 2018 eine nichtlegislative Entschließung angenommen, in welcher vor allem das „deutsche Jugendamt“, aber auch die deutschen Gerichte für ihr Verhalten in grenzüberschreitenden Familienangelegenheiten kritisiert wurden. Bei dem Petitionsausschuss des EP gingen seit Jahren kontinuierlich Anträge ein, in denen die Antragstellenden geltend machen, nichtdeutsche Eltern würden durch das Jugendamt diskriminiert und benachteiligt. Das EP fordert die KOM u. a. auf, in den dem Petitionsausschuss gemeldeten Fällen zu überprüfen, ob die EU-Rechtsregeln eingehalten worden sind. Sie solle ferner für genaue Überprüfungen der mutmaßlichen Diskriminierungen und Verfahren im Rahmen des deutschen familienrechtlichen Systems - unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips - generell sorgen. Das EP fordert eine Verbesserung der justiziellen und administrativen Zusammenarbeit zwischen deutschen Behörden und den Behörden anderer Mitgliedstaaten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181120IPR19551/rolle-des-deutschen-jugendamts-bei-grenzuberschreitenden-familienstreitigkeiten>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0476+0+DOC+PDF+V0//DE>

3.2. KOM: Europäische/r Generalstaatsanwalt/-anwältin

Die KOM hat am 19. November 2018 die Stellenausschreibung des/der Europäischen Generalstaatsanwalts/-anwältin veröffentlicht. Die erfolgreiche Kandidatin oder der erfolgreiche Kandidat wird der erste europäische Generalstaatsanwalt der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft (EPPO) mit Dienort in Luxemburg sein. Diese ist zuständig für die strafrechtliche Untersuchung und Verfolgung von Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU (z. B. Korruption oder Betrug im Zusammenhang mit EU-Mitteln oder grenzüberschreitender Mehrwertsteuerbetrug). Der/die Europäische Generalstaatsanwalt/-anwältin wird für eine nicht verlängerbare Amtszeit von 7 Jahren ernannt. Voraussetzung sind u. a. mindestens 15 Jahre Berufserfahrung als aktives Mitglied der Staatsanwaltschaft oder Richterschaft, sowie mindestens 5 Jahre staatsanwaltschaftliche Erfahrung mit der Untersuchung

und Verfolgung von Finanzstraftaten. EP und Rat ernennen ihn/sie aus dem Kreis der qualifizierten Bewerber und Bewerberinnen in gegenseitigem Einvernehmen.

https://ec.europa.eu/germany/news/generalstaatsanwalt20181119_de

3.3. KOM, EP: Lage des Rechtsstaates in Rumänien

Die Lage des Rechtsstaates in Rumänien wird auf EU-Ebene zunehmend kritisch betrachtet. Das ergeben sowohl ein Entschließungsantrag des EP zur Rechtsstaatlichkeit in Rumänien vom 13. November 2018 als auch der jährliche Bericht der KOM über Rumäniens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens ebenfalls vom 13. November 2018. Hintergrund ist, dass Rumänien eine Reihe von Reformen des Justizsystems vorgenommen hat, die u. a. die frühere Pensionierung von Staatsanwält/innen und Richter/innen vorsehen, das Korruptionsstrafrecht entschärfen und die Strafprozessordnung reformieren. Beide Institutionen fordern Rumänien auf, die Empfehlungen der Venedig Kommission für Demokratie durch Recht des Europarates umzusetzen und die Justizgesetze überarbeiten.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6365_de.htm

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML%20TA%20P8-TA-2018-0446%200%20DOC%20PDF%20V0//DE>

<https://eur-lex.europa.eu/legal->

<content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0851&qid=1543569892057&from=EN>

3.4. KOM: EU-Bürgerinitiative zur Kennzeichnung von Lebensmitteln

Die KOM hat am 12. November 2018 eine Europäische Bürgerinitiative registriert, die sich für eine verpflichtende Kennzeichnung von Lebensmitteln als „nicht-vegetarisch“, „vegetarisch“ oder „vegan“ einsetzt. Damit soll Verbrauchern der Lebensmitteleinkauf erleichtert werden. Gelingt es den Organisatoren der Initiative innerhalb eines Jahres, 1 Mio. Unterschriften aus mindestens 7 Mitgliedstaaten zu sammeln, muss die KOM auf den Vorschlag innerhalb von drei Monaten reagieren. Unabhängig davon, ob sie der Aufforderung nachkommt oder nicht, muss sie ihre Entscheidung begründen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6317_de.htm

3.5. KOM: Umgang mit endokrinen Disruptoren

Die KOM hat am 7. November 2018 eine Mitteilung zum Umgang mit endokrinen Disruptoren angenommen. Dies sind chemische Stoffe, die die Wirkungsweise des Hormonsystems verändern. Sie kommen hauptsächlich in synthetisch hergestellten Materialien (wie Pestiziden, Lösemitteln, Babyprodukten, Plastikflaschen, Plastikspielzeug, Kosmetikbehältern) vor. Sie

werden mit einer großen Reihe von Krankheiten (z.B. Brustkrebs, Diabetes, Asthma, Alzheimer, Parkinson, ADHS und Autoimmunerkrankungen) in Verbindung gebracht. Die KOM bringt ihren festen Willen zum Ausdruck, eine umfassende, einheitliche Regelung zum Schutz von Menschen und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien zu erreichen. Sie wird die Rechtsvorschriften über endokrine Disruptoren erstmals einer umfassenden Eignungsprüfung unterziehen. Teil dieser Prüfung wird auch eine öffentliche Konsultation sein.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6287_de.htm

https://de.wikipedia.org/wiki/Endokrine_Disruptoren

http://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/78102/WHO_HSE_PHE_IHE_2013.1_eng.pdf;jsessionid=20EC1452D2764FF3C5323DA7BDC8526A?sequence=1

3.6. Rat: Tierarznei-Paket

Am 26. November 2018 hat der Rat der EU nach Zustimmung durch das EP das Tierarznei-Paket verabschiedet. Es umfasst zwei neue Verordnungen für Tierarzneimittel und medikamentöse Futtermittel. Dadurch sollen die Gesundheit von Mensch und Tier sowie die Wettbewerbsfähigkeit der pharmazeutischen Industrie gefördert werden. Die Neuregelung für Tierarzneimittel beinhaltet u. a. eine Vereinfachung des Verfahrens für die Zulassung neuer Arzneimittel und legt die Bedingungen für die Verwendung antimikrobieller Mittel bei Tieren fest. So wird der vorbeugende Einsatz von Futter mit antimikrobiellen Stoffen untersagt. Mit bestimmten antimikrobiellen Stoffen dürfen Tiere nicht behandelt werden, damit diese für die Behandlung bestimmter Infektionen bei Menschen ihre Wirksamkeit behalten. Soweit für die Überwachung und Sicherheitsüberprüfung von Human- und Tierarzneimitteln die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) zuständig ist, ist die Verordnung 726/2004 derart angepasst worden, dass keine Überschneidung mit den in der neuen Tierarzneimittel-Verordnung festgelegten Verfahren erfolgt. Die neuen Regelungen sollen ab Ende 2021 vollständig gelten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/26/green-light-for-new-rules-on-veterinary-medicines-and-medicated-feed/pdf>

3.7. Rat: Persistente organische Schadstoffe

Am 28. November 2018 hat sich der Rat zur Neufassung der Verordnung über persistente (schwer abbaubare) organische Schadstoffe entsprechend der Liste hochgiftiger Stoffe der Vereinten Nationen positioniert. Dem schrittweisen Verbot der Produktion, Anwendung und des Handels dieser Stoffe seit 2004 soll nun ein absolutes Verbot zum Schutz von Mensch und Umwelt folgen. Durch die Änderungen steht die Verordnung im Einklang mit den allgemeinen EU-Rechtsvorschriften über Chemikalien und soll Rechtssicherheit und Transparenz ausbauen. Der Rat spricht sich im Gegensatz zur KOM für Sonderregelungen für bestimmte

Stoffe aus. Noch im Dezember werden die Verhandlungen mit dem EP beginnen, das sich am 15. November positioniert hat.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/28/persistent-organic-pollutants-council-agrees-its-position/pdf>

4. Finanzen

4.1. EP: Mehrjähriger Finanzrahmen 2021–2027

Das Plenum des EP hat am 14. November 2018 mit großer Mehrheit einen Zwischenbericht über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 (MFR) verabschiedet, in dem es seinen Standpunkt im Hinblick auf eine Einigung über den nächsten MFR mitteilt. Das EP setzt sich für einen Gesamtumfang des nächsten MFR i. H. v. 1,3% des BNE ein. Weitere wichtige Forderungen betreffen die Berücksichtigung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Politikbereichen, die Ablehnung von Kürzungen im Bereich von Kohäsion und Landwirtschaft sowie die Unterstützung des Vorschlags zur Einführung eines Rechtsstaatsmechanismus. Zudem fordert es die Einführung neuer Eigenmittel. Im Zusammenhang mit der Abstimmung im Plenum wurde der Wunsch bekräftigt, die Verhandlungen vor den Wahlen zum EP im Mai 2019 abzuschließen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181106IPR18317/langfristiger-eu-haushalt-parlament-setzt-prioritaten-in-konkrete-zahlen-um>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0449+0+DOC+PDF+V0//DE>

4.2. KOM: EU-Haushalt für 2019

Die KOM hat am 30. November 2018 einen (zweiten) Haushaltsentwurf für 2019 vorgelegt, nachdem sich EP und Rat über den ursprünglichen Vorschlag nicht einigen konnten. Der neue Vorschlag sieht einen Haushalt von 165 Mrd. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und 148 Mrd. EUR für Zahlungen vor. Der Vorschlag basiert auf der Annahme, dass UK bis Ende 2020 weiterhin zur Ausführung der EU-Haushaltspläne beiträgt. Zwischenzeitlich wurde darüber Einigkeit erzielt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181130-haushalt-2019_de

4.3. KOM: Zwischenstand bei Bankenunion und Kapitalmarktunion

Die KOM hat am 2. November 2018 Bilanz über die jüngsten Entwicklungen bei der Risikominderung im Bankensektor gezogen und über die Fortschritte auf dem Weg zu einem stabi-

leren EU-Finanzsystem berichtet. Auch wenn weiterhin einige Altlasten aus der Finanzkrise noch nicht bewältigt sind, sei die Entwicklung insgesamt sehr ermutigend: Der Anteil notleidender Kredite im europäischen Bankensektor sei im 1. Hj. 2018 weiter zurückgegangen und liege nun bei durchschnittlich 3,4%, womit er sich wieder dem Stand von vor der Krise annähert. Die KOM fordert EP und Rat bzgl. der Kapitalmarktunion auf, dafür zu sorgen, dass noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 alle wichtigen Bausteine beschlossen werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181128-bankensektor-kapitalmarktunion_de

4.4. KOM: Vorbereitung eines Defizitverfahrens gegen Italien

Die KOM bestätigte am 21. November 2018 nach Bewertung der am 13. November 2018 vorgelegten überarbeiteten Übersicht über die Haushaltsplanung, dass ein besonders schwerwiegender Verstoß gegen die an Italien gerichtete Empfehlung des Rates vom 13. Juli 2018 vorliegt. Schon in ihrer am 23. Oktober 2018 verabschiedeten Stellungnahme zu der ursprünglichen Übersicht über die Haushaltsplanung Italiens hatte die KOM auf einen besonders schwerwiegenden Verstoß gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt hingewiesen. Die Analyse der KOM legt nahe, dass das Schuldenstandskriterium als nicht erfüllt angesehen werden sollte und ein Defizitverfahren auf Grundlage des Schuldenstandes angebracht ist. Der Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) wird nunmehr zu dem Bericht der KOM Stellung nehmen. Wenn er dem zugestimmt hat, kann die KOM dem Rat die Einleitung eines Defizitverfahrens empfehlen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181121-italiens-haushaltsplan-verstoest-gegen-stabilitaets-und-wachstumspakt-defizitverfahren_de

4.5. KOM: Eurobarometer-Umfrage zum Euro

Aus einer am 20. November 2018 von der KOM vorgelegten Eurobarometer-Umfrage geht hervor, dass 74% der Bürgerinnen und Bürger im Euroraum den Euro positiv für die EU als Ganzes bewerten; in Deutschland sind es 76%. Dies ist der höchste Wert seit der ersten Befragung im Jahr 2010. Fast 2/3 der Bürgerinnen und Bürger (64%) glauben, dass der Euro eine gute Sache für ihr Land ist; in Deutschland 70%. Die KOM führt regelmäßig Umfragen durch, bei denen die öffentliche Wahrnehmung des Euro durch die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten des Euroraums gemessen wird. Dies ist die siebzehnte derartige Umfrage seit 2002.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181120-eurobarometer-euro_de

4.6. EP: Cum-Ex-Geschäfte

Am 29. November 2018 hat das EP beschlossen, eine Untersuchung des Cum-Ex-Finanzskandals durch die europäischen Finanzaufsichtsbehörden auf den Weg zu bringen. Die Europäische Bankaufsichtsbehörde und die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde sollen eine Untersuchung der Geschäfte mit Dividendenarbitrage einleiten. Zudem müssten die Steuerverwaltungen gestärkt und grenzüberschreitende Steuerfahndungskapazitäten eingerichtet werden, so das EP, um die Überwachung zu verbessern und einen besseren Informationsaustausch zu gewährleisten. Folgende 11 Länder sind von den Cum-Ex-Geschäften betroffen: Deutschland, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Norwegen, Österreich, die Schweiz und Spanien.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181120IPR19552/cum-ex-parlament-fordert-untersuchung-und-starkung-der-steuerbehorden>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2018-0475+0+DOC+PDF+V0//DE>

5. Wirtschaft und Energie

5.1. Rat: „Platform to Business“ Verordnung

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat bei seiner Sitzung am 29. November 2018 seine Position zur gewerblichen Nutzung von Online-Vermittlungsdiensten („P2B: Platform to Business Regulation“) festgelegt. Ausgangspunkt war der KOM-Verordnungsvorschlag vom 26. April 2018. Dieser bezieht sich auf die Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten und Suchmaschinen wie Google oder Amazon und deren gewerblichen Nutzern. Der Rat fordert, dass die Verordnung vor allem einen rechtlichen Rahmen vorgeben soll, der transparente Nutzungsbedingungen sicherstellt. Insbesondere für die gewerblichen Nutzer soll hierdurch die effiziente Nutzung von Rechtsmitteln bei Verletzung dieser Bedingungen garantiert werden. Hinsichtlich der Rechtsbeihilfemechanismen werden die Betreibenden von Plattformen (mit Ausnahmen für kleinste Plattformen) verpflichtet, ein schnelles und effizientes internes System zum Umgang mit Beschwerden einzurichten. Die Anwendungsbereiche sollen sich auf Online-Marktplätze, App-Stores und Suchmaschinen beziehen. Dies gilt unabhängig vom Ort des Angebots, solange die gewerblichen Nutzer dieser Angebote in der EU sitzen und ihre Waren oder Dienstleistungen Verbrauchern anbieten, die sich ebenfalls in der EU befinden.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2018/11/29/doing-business-through-online-platforms-council-agrees-its-position/#>

5.2. KOM: Abschaffung des Geoblockings

Am 3. Dezember 2018 tritt die „Geoblocking-Verordnung“ in Kraft, welche für alle Verbrauchenden einen einheitlichen Zugang zu Dienstleistungen und Waren über das Internet in der EU ermöglichen soll. Mit Inkrafttreten der Verordnung ist es nicht mehr zulässig, dass nur aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnortes oder Ortes der Niederlassung der Verbrauchenden Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat die Bereitstellung von Waren oder Dienstleistungen blockieren oder ungünstigere Bedingungen im Vergleich zu Einheimischen festlegen. Die Mitgliedstaaten müssen zur Umsetzung der Verordnung Stellen benennen, denen die Durchsetzung übertragen wird sowie wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen für Verstöße gegen die Verordnung festlegen. Eine erste Überprüfung der Verordnung durch die KOM ist für März 2020 geplant.

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-6626_de.htm

5.3. KOM: Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen

Am 20. November 2018 haben KOM, Rat und EP ein Legislativpaket zur Kontrolle ausländischer Direktinvestitionen beschlossen. Damit sollen die Interessen der Mitgliedstaaten geschützt und die Offenheit für ausländische Direktinvestitionen gewahrt werden. Das Paket umfasst u. a. die Einführung eines Kooperationsmechanismus‘ zum Austausch der Mitgliedstaaten mit der KOM sowie die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bei Strategien von Investitionsüberprüfungen in Form eines Wissensaustausches. Zudem liegt das Entscheidungsrecht über die Genehmigung von Transaktionen bei dem Mitgliedstaat, dessen Hoheitsgebiet betroffen ist. Für ein Inkrafttreten der Vereinbarung muss diese noch von EP und Rat angenommen werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6467_de.htm

5.4. KOM: Neubewertung des Binnenmarktes

Am 22. November 2018 hat die KOM eine Neubewertung des Binnenmarktes bekannt gegeben. Um auch im Zeitalter der Digitalisierung Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit zu garantieren, seien fortlaufende Anpassungen erforderlich. Hierfür seien verstärkte Anstrengungen der Mitgliedstaaten notwendig. EP und Rat werden aufgefordert, bis zu den Europawahlen den wichtigsten der 44 noch ausstehenden Vorschläge für einen reibungslosen Binnenmarkt zuzustimmen. Die Mitgliedstaaten sollen dafür sorgen, dass die EU-Vorschriften tatsächlich umgesetzt und eingehalten werden, die KOM wird dieses weiterhin kontrollieren. Außerdem ruft die KOM zu mehr Willen und Mut bei der wirtschaftlichen Anpassung.

sung auf. Darüber hinaus veröffentlichte die KOM eine Bilanz der Investitionsoffensive des Juncker-Plans.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6490_de.htm

5.5. KOM: Aktionsplan zur Normung des Binnenmarktes

Ebenfalls am 22. November 2018 hat die KOM einen Aktionsplan vorgelegt, mit dem Effizienz, Transparenz und Rechtssicherheit bei neuen Normen für einen funktionierenden Binnenmarkt gesteigert werden sollen. Dazu hatten die Interessenträger aufgefordert, um dem technischen Wandel und neuen Trends begegnen zu können. Der Aktionsplan umfasst vier zentrale Maßnahmen: das schnelle Abarbeiten der noch nicht im Amtsblatt der EU veröffentlichten Normen, beschleunigte interne Entscheidungsprozesse, die Entwicklung eines Leitfadens zur praktischen Umsetzung sowie einen fortlaufenden Ausbau des Beratungssystems. Die KOM betont, auch künftig mit allen Beteiligten eng zusammenarbeiten zu wollen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6491_de.htm

5.6. KOM: 36 Mio. Arbeitsplätze in der EU durch Export

Am 27. November 2018, dem Tag der europäischen Handelspolitik, hat die KOM zwei Studien zum Zusammenhang von Export und Arbeitsplätzen veröffentlicht. Durch den Export werden innerhalb der EU 36 Mio. Arbeitsplätze gesichert, knapp 40% davon sind Arbeitsplätze von Frauen. Seit Beginn der Juncker-KOM im Jahr 2014 ist ein Anstieg um 3,5 Mio. Arbeitsplätze zu verzeichnen. Zudem führt der Export von Waren in Drittländer zu mehr Arbeitsplätzen in allen an der Herstellung des Endprodukts beteiligten Mitgliedstaaten. Seit 2000 hat sich die Zahl der mit der Erhaltung des globalen Exports in Drittländer verbundenen Arbeitsplätze auf nun fast 20 Mio. verdoppelt.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6531_de.htm

5.7. KOM: Änderung des WTO-Berufungsgremiums

Am 26. November 2018 hat die EU gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Welthandelsorganisation (WTO) einen Vorschlag zur Reform der Arbeitsweise des WTO-Berufungsgremiums vorgelegt. Dieser Vorschlag soll den aktuellen Stillstand im Allgemeinen Rat der WTO beenden. Er umfasst eine Aufstockung von 7 auf 9 Mitglieder und neue Regeln zu Amtszeit, Ausscheiden und Nachbesetzung. Außerdem sollen die Einhaltung der Frist zum Abschluss und die Befassung mit ausschließlich relevanten Fragen gewährleistet sowie jährliche Treffen zwischen den WTO-Mitgliedern und dem Berufungsgremium eingeführt werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6529_de.htm

5.8. KOM: Fusionen von Daimler und BMW

Am 7. November 2018 hat die KOM bekannt gegeben, dass zu der Gründung von sechs Gemeinschaftsunternehmen von Daimler und BMW bei Einhaltung der Auflagen keine Bedenken bestehen. Die Fusionen beziehen sich auf fünf Bereiche der Mobilitätsdienste sowie eine Zentralstelle für die Verwaltung und Lizenzvergabe. Die Auflagen betreffen den Bereich des Carsharings in den Städten Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Köln, München und Wien. Zur Vermeidung einer Wettbewerbsverzerrung muss ein Programmierschnittstellenzugang für andere Carsharing-Unternehmen von Meta-Apps sowie der Zugang zu „moovel“, der Mobilitäts-App von Daimler, gewährleistet werden. So erhalten auch kleinere Carsharing-Unternehmen Zugang zum Markt für Carsharing und andere Mobilitäts-Apps die Möglichkeit, Carsharing der Dienste von Daimler und BMW anzubieten.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6321_de.htm

5.9. KOM: Athen Europäische Innovationshauptstadt 2018

Am 6. November 2018 hat die KOM Athen zur Europäischen Innovationshauptstadt 2018 gekürt. Mit der Auszeichnung ist ein Preisgeld in Höhe von 1 Mio. EUR verbunden. Die fünf nächstplatzierten Städte Aarhus, Hamburg, Leuven, Toulouse und Umeå erhalten je 100.000 EUR. Seit 2014 wird dieser Titel an außergewöhnlich innovative Städte vergeben. Athen ist es gelungen, mithilfe von Innovationen die wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern. So wurde etwa der städtische Markt von Kypseli zu einem Forum für kulturelle Veranstaltungen umfunktioniert und ein digitaler Markt für Schulungen und Kurse eingerichtet.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6286_de.htm

5.10. KOM: Beihilfen für Solaranlagen in Frankreich

Am 27. November 2018 hat die KOM nach den EU-Beihilfevorschriften die staatliche Unterstützung der Errichtung innovativer Solarenergieanlagen in Frankreich genehmigt. Mit der Beihilfe sollen Anreize für CO₂-arme und umweltverträgliche Stromerzeugung im Umfang von 350 Megawatt geschaffen werden. Das Budget für die Förderung ist mit 600 Mio. EUR veranschlagt. Die KOM stellte fest, dass die Maßnahme Frankreich beim Erreichen seiner Klimaziele unterstützen wird, da der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen erhöht wird, und dass dabei der Wettbewerb nicht übermäßig verzerrt wird.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6582_de.htm

5.11. KOM: Richtlinie Energieeffizienz

Die KOM hat am 8. November 2018 ein Aufforderungsschreiben an Deutschland, Finnland, Österreich, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Ungarn gesendet, weil diese Mitgliedstaaten bestimmte Anforderungen der Energieeffizienzrichtlinie nicht ordnungsgemäß um- oder durchgesetzt haben. Mit dieser Richtlinie wird ein gemeinsamer Rahmen für Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz in der EU geschaffen um sicherzustellen, dass das Energieeffizienzziel der EU von 20% bis 2020 erreicht wird. Darüber hinaus werden weitere Energieeffizienzverbesserungen für die Zeit post 2020 vorbereitet. Die Mitgliedstaaten haben zwei Monate Zeit, um auf die Beanstandungen der KOM zu reagieren; andernfalls kann die KOM beschließen, eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln.

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-18-6247_de.htm

5.12. EP und Rat: Risikovorsorge im Elektrizitätssektor

Zu dem Verordnungsvorschlag der KOM über die Risikovorsorge im Elektrizitätssektor aus dem Paket „Saubere Energie für alle Europäer“ wurden am 22. November 2018 die Trilogverhandlungen abgeschlossen. Mit dieser Entscheidung wäre Europa besser gegen Stromausfälle gewappnet. Ferner sollen die Mitgliedstaaten geeignete Instrumente einführen, um Krisensituationen bei der Stromversorgung vorzubeugen, sich auf sie vorzubereiten und sie zu meistern. Das EP und der Rat müssen das Ergebnis des Trilogs noch annehmen bevor die Verordnung in Kraft tritt.

https://ec.europa.eu/germany/news/strombereich20181123_de

5.13. KOM: Konsultation zu Strominfrastrukturprojekten

Die KOM hat am 21. November 2018 eine Konsultation zu der Liste der als Vorhaben von gemeinsamem Interesse in Frage kommenden Strominfrastrukturprojekte eingeleitet. Die KOM erstellt alle zwei Jahre eine Liste der Vorhaben von gemeinsamem Interesse. Seit 2013 wird diese Konsultation zum vierten Mal durchgeführt. Mit der Konsultation will die KOM in Erfahrung bringen, wie die einzelnen in Frage kommenden Projekte im Elektrizitätsbereich und deren jeweiliger Beitrag zur Marktintegration, Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und zum Wettbewerb unter Gesichtspunkten der EU-Energiepolitik eingeschätzt werden können. Eine Beteiligung an der Konsultation ist bis zum 28. Februar 2019 möglich.

https://ec.europa.eu/info/consultations/consultation-on-the-list-of-candidate-projects-of-common-Interes-in-electricity-infrastructure_de

6. Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft

6.1. EuRH: Vorschlag der KOM zur GAP

Am 7. November 2018 hat der EuRH in einer Stellungnahme den Vorschlag der KOM zur kommenden Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) kritisiert. Die Reformvorschläge müssten Umwelt- und Klima deutlich stärker berücksichtigen und die Einhaltung der Ziele kontrollieren. Der Übergang zu leistungsbezogener Zahlung müsste zudem konsequent erfolgen. Hierfür seien klare Definitionen von EU-Zielen und Förderkriterien sowie eindeutige Indikatoren und Messsysteme erforderlich.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/OP18_07/OP18_07_EN.pdf

6.2. KOM: Halbierung der Magermilchpulverbestände

Am 9. November 2018 gab die KOM bekannt, dass die Hälfte der 380.000 Tonnen Magermilchpulver, die seit 2015 der öffentlichen Lagerhaltung zugeführt wurden, in den Verkehr gebracht worden sind. Zudem sind die Preise für Milch, Magermilchpulver, Butter und Käse nach dem aktuellen EU-Preisbericht von der Marktbeobachtungsstelle für den Milchsektor trotz Unregelmäßigkeiten insg. gestiegen. Auch die Milchproduktion im Gesamtjahr 2018 wuchs um angemessene 0,8%.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6361_de.htm

6.3. KOM: 2019 höhere Absatzförderung von Agrarerzeugnissen

Nach Mitteilung der KOM vom 14. November 2018 stehen im Jahr 2019 insg. 191,6 Mio. EUR - 12,5 Mio. EUR mehr als 2018 - für die Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte und Lebensmittel innerhalb und außerhalb der EU sowie zur Erschließung neuer Märkte zur Verfügung. Die KOM begründet die verstärkte Absatzförderung mit dem enormen Potential der europäischen Lebensmittelerzeugung und erweiterten Möglichkeiten durch neue Partnerschaften. Im europäischen Binnenmarkt werden vor allem Kampagnen für EU-Qualitätsregelungen und –Siegel sowie bestimmte Sektoren wie Obst und Gemüse gefördert. Der Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für spezifische Kampagnen wird im Januar 2019 veröffentlicht werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6404_de.htm

6.4. EP: Öffentliche Anhörung zum LEADER-Programm

Am 22. November 2018 haben die Ausschüsse Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) und Haushaltskontrolle (CONT) des EP gemeinsam eine öffentliche Anhörung zu dem Thema "LEADER-Erfahrungen-Erkenntnisse und Wirksamkeit der EU-Mittel für die

ländliche Entwicklung" durchgeführt. Hierbei sollte das bisherige LEADER-Programm hinsichtlich des europäischen Mehrwertes und Verbesserungspotenziales für die Zukunft und die GAP-Reform evaluiert werden.

<http://www.europarl.europa.eu/committees/en/agri/events-hearings.html?id=20181126CHE05461>

6.5. Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ im November

Am 19. November 2018 unterrichtete die KOM den Rat „Landwirtschaft und Fischerei“ über die derzeitige Marktlage. Der Rat zeigte sich erfreut über den allgemein positiven Trend, äußerte jedoch auch Besorgnis über die schwierige Lage auf dem Schweinefleischmarkt angesichts der afrikanischen Schweinepest. Bezüglich des Pflanzenschutzes erfolgte eine Aussprache über die Prävention neuer exotischer Krankheiten sowie strategische Abläufe bei Pflanzenschutzmitteln. In einer öffentlichen Tagung wurden zudem zwei Fortschrittsberichte zur Finanzierung, Verwaltung und Überprüfung der neuen GAP sowie einer gemeinsamen Marktorganisation erörtert. Hierbei wurden u. a. der Ausbau nationaler Kompetenzen und notwendige administrative bzw. verfahrenstechnische Vereinfachungen hervorgehoben.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2018/11/19/>

6.6. Eurostat: Landwirtschaftliche Erzeugung 2017

Am 16. November 2018 hat das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die endgültigen Schätzungen der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung für das Jahr 2017 veröffentlicht. Danach belief sich die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung in der EU im Jahr 2017 auf 432,6 Mrd. EUR zu Herstellungspreisen, im Vergleich zu 2016 ein Anstieg um 6,2%. Infolge der deutlichen Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung bei geringerem Anstieg der Vorleistungen (+1,8%) erzielte die EU-Agrarindustrie im Jahr 2017 eine weitaus höhere Bruttowertschöpfung (+12,4%) als 2016. Mit 72,6 Mrd. EUR (bzw. 17% des EU-Gesamtwertes) hatte Frankreich 2017 die höchste gesamte landwirtschaftliche Erzeugung aller Mitgliedstaaten zu verzeichnen, gefolgt von Deutschland (56,2 Mrd. EUR bzw. 13%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9380928/5-16112018-BP-DE.pdf/56176dff-bc89-458f-8a7e-8d4c43e26b7c>

6.7. EP: Zustimmung zu neuen Klimazielen bis 2030

Am 13. November 2018 hat das EP die im Juni mit dem Rat geschlossene Einigung über drei Legislativvorschläge im Rahmen des Paketes „Saubere Energie für alle Europäer“ bestätigt. Die Vorschläge umfassen Richtlinien für eine Verbesserung der Energieeffizienz um

32,5% und einen Anteil der erneuerbarer Energien von mindestens 32% bis 2030. Eine gesteigerte Energieeffizienz verringert sowohl die Energiekosten als auch die Abhängigkeit von Importen aus Drittstaaten. Zudem soll die Verwendung von Biokraftstoffen der zweiten Generation ausgebaut und solche der ersten Generation bis 2030 eingestellt werden. Das EP stimmte ebenfalls für eine Verordnung zur Vorlage integrierter nationaler Energie- und Klimapläne bis Ende 2019. Nach formeller Annahme des Rates treten die Regelungen in Kraft.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181106IPR18315/neue-ehrgeizige-ziele-fur-energieeffizienz-und-erneuerbare-energien>

6.8. EP: CO₂-Emissionen bei Lastkraftwagen

Am 14. November 2018 hat das EP für eine CO₂-Reduktion bei neuen Lastwagen um 20% bis 2025 und 35% bis 2030 gestimmt. Die Ziele des EP sind damit höher als die der KOM, deren Vorschlag eine Reduzierung um 30% bis 2030 umfasst. Ferner hat das EP dafür gestimmt, dass Hersteller dafür sorgen müssen, dass der Marktanteil von emissionsarmen und emissionsfreien Neufahrzeugen im Jahr 2025 fünf Prozent und im Jahr 2030 20% beträgt. Zudem soll die KOM bis 2020 Pläne für einen CO₂-Emissionstest auf den Straßen vorlegen. Die EU soll den Ausbau und die Neuverteilung von Kompetenzen in Verbindung mit dem Übergang zur emissionsfreien Mobilität fördern. Der Rat "Umwelt" wird am 20. Dezember 2018 über den Verordnungsvorschlag zur Festsetzung von CO₂-Normen für Lkw beraten.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181106IPR18331/european-parliament-backs-co2-emissions-cuts-for-trucks>

6.9. EP, Rat: Maßnahmen für organischen und abfallbasierten Dünger

Die Verhandlungsführer von EP, Rat und KOM haben am 21. November 2018 im Trilog eine vorläufige politische Einigung über den Vorschlag der KOM vom März 2016 erzielt, der auf dem Aktionsplan der KOM zur Kreislaufwirtschaft aufbaut und vorsieht, die Verwendung von organischen und abfallbasierten Düngemitteln zu fördern. Die Einigung soll den Zugang von Düngemitteln aus Bioabfallstoffen für den EU-Binnenmarkt erleichtern. In der Verordnung werden zudem Grenzwerte für Cadmium und andere Schadstoffe in Phosphatdüngern eingeführt. Die Vorschriften sollen dazu beitragen, Abfälle, Energieverbrauch und Umweltschäden sowie Risiken für die menschliche Gesundheit zu verringern. Diese vorläufige politische Einigung muss nun vom EP und dem Rat förmlich gebilligt werden. Die Verordnung gilt dann unmittelbar in allen Mitgliedstaaten und wird ab 2022 obligatorisch.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181121-kreislaufwirtschaft-gesetzgeber-wollen-duengemittel-aus-bioabfall-foerdern_de

6.10. EuRH: Verbesserungsbedarf bei der EU-Hochwasserrichtlinie

Am 20. November 2018 hat der EuRH einen Sonderbericht zur Umsetzung der Hochwasserrichtlinie veröffentlicht. Die EU-Hochwasserrichtlinie aus dem Jahr 2007 hatte insgesamt positive Auswirkungen, bei der Planung und Umsetzung seien jedoch jetzt Verbesserungen erforderlich. Fortschritte wurden bei der Bewertung von Hochwasserrisiken erzielt, die Planung und Umsetzung des Hochwasserschutzes sollte nun aber verbessert werden. Die Prüfer weisen auf künftige große Herausforderungen durch den Klimawandel hin. Hochwasserversicherungen und Elemente der Raumordnung sollen deutlich umfassender in das Hochwasserrisikomanagement integriert werden. Der EuRH empfiehlt der KOM einige Maßnahmen, die unter anderem die Transparenz und Kontrolle von Finanzierungskriterien betreffen.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR18_25/INSR_FLOODS_DE.pdf

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR18_25/SR_FLOODS_DE.pdf

7. Wissenschaft, Forschung und Kultur

7.1. Rat „Wettbewerbsfähigkeit“ (Bereich Forschung) im November

Der Rat hat am 30. November 2018 eine teilweise allgemeine Ausrichtung für den Vorschlag für eine Verordnung des EP und des Rates über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizont Europa“ sowie über die Regeln für die Beteiligung und Verbreitung der Ergebnisse verabschiedet. Ungarn hat dies nicht unterstützt. Ausgeklammert wurden u. a. budgetäre Regelungen. Der Rat nahm außerdem den Fortschrittsbericht zu dem spezifischen Programm zur Durchführung von "Horizont Europa" zur Kenntnis und nahm Schlussfolgerungen zur „Governance des Europäischen Forschungsraums“ an.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2018/11/29-30/>

7.2. KOM: Europäische Cloud für offene Wissenschaft

Seit dem 23. November 2018 können Forschende aller Disziplinen die [Europäische Cloud für offene Wissenschaft](#) nutzen, um ihre Forschungsdaten sicher abzulegen und grenzübergreifend auszutauschen. Die frei zugängliche Cloud wurde über das EU-Forschungsprogramm „Horizont 2020“ finanziert. Als gemeinsames Projekt der KOM, der Mitgliedstaaten und der Wissenschaftsgemeinschaft soll sie das enorme Potenzial von Big Data freisetzen.

https://ec.europa.eu/germany/news/cloud20181123_de

<https://www.eosc-portal.eu/>

7.3. Wegweiser zur EU-Hochschulförderung

Der EU-Wegweiser soll deutschen Hochschulen und anderen Interessierten einen schnellen Überblick über die Zuständigkeiten für die EU-Hochschulförderung geben. Neben den wichtigsten Stellen und Ansprechpartnern auf nationaler und europäischer Ebene findet sich darin auch ein Lageplan der für den EU-Hochschulbildungsbereich relevanten Einrichtungen in Brüssel. Erstellt wurde er von der Nationalen Agentur für EU-Hochschulzusammenarbeit im Deutschen Akademischen Austauschdienst (NA DAAD).

https://imperia.daad.com/medien/eu.daad.de.2016/dokumente/service/medien-und-publikationen/flyer/daad_wegweiser_nov_18.pdf

7.4. Rat „Bildung“ im November

Der EU-Bildungsministerrat hat am 26. November 2018 eine verbindliche politische Einigung der Mitgliedstaaten über den *Erasmus+*-Verordnungstext verabschiedet. Ausgeklammert wurden die Regelungen über die budgetäre Struktur des Programmes, die Assoziierung von Drittstaaten und zu Discover EU. Das EP wird seinen Standpunkt voraussichtlich im 1. Quartal 2019 verabschieden. Der Rat hat auch eine Empfehlung zur *Förderung der automatischen gegenseitigen Anerkennung von im Ausland erworbenen Hochschulabschlüssen und Abschlüssen der Sekundarstufe II sowie der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland* angenommen. Deutschland hatte im Vorfeld eine Erklärung zu Begriff und Prinzip der automatischen gegenseitigen Anerkennung zwecks Beifügung zum Protokoll des Rates eingebracht.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eys/2018/11/26-27/>

7.5. Rat „Kultur“ im November

Der Rat „Kultur“ hat sich am 27. November 2018 mit dem Kulturförderprogramm „Kreatives Europa“ 2021-2027 befasst. In seinem Fortschrittsbericht benannte der österreichische Vorsitz u. a. die wesentlichen noch diskussionsbedürftigen Punkte: Exzellenzsiegel, Programm-beteiligung von Drittstaaten und institutionelle Förderung des Europäischen Jugendorchesters (EUYO) sowie der Europäischen Filmakademie (EFA). Noch in diesem Jahr soll eine verbindliche politische Einigung über wesentliche Textteile erzielt werden. Außerdem hat der Rat einstimmig den künftigen Arbeitsplan Kultur 2019-2022 verabschiedet. Deutschland regte an, sich zukünftig auch mit der Frage des angemessenen Umgangs mit Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten zu befassen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eys/2018/11/26-27/>

7.6. EP: Lux-Filmpreis 2018 für „Gegen den Strom“

Die isländisch-französisch-ukrainische Koproduktion „Gegen den Strom“ hat den 12. Lux-Filmpreis gewonnen. Dies teilte EP-Präsident Antonio Tajani am 14. November 2018 in Straßburg mit.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181106IPR18318/der-lux-filmpreis-2018-geht-an-den-film-gegen-den-strom>

7.7. Rat: Illegale Einfuhr von Kulturgütern

Die EU-Botschafterinnen und -Botschafter haben sich am 7. November 2018 auf den Standpunkt des Rates zum Entwurf einer Verordnung geeinigt. Damit soll verhindert werden, dass aus einem Nicht-EU-Land illegal ausgeführte Kulturgüter in die EU eingeführt und dort gelagert werden. Die neuen Vorschriften sollen das kulturelle Erbe der Menschheit, insb. archäologische Gegenstände in Ländern, die von bewaffneten Konflikten betroffen sind, schützen. Ferner sollen sie der Finanzierung terroristischer Aktivitäten durch den illegalen Handel mit Kulturgütern vorbeugen. Der Rat wird Verhandlungen mit dem EP aufnehmen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2018/11/07/preventing-illegal-import-of-cultural-goods-into-the-eu-council-agrees-its-position/>

8. Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

8.1. KOM: Europäische Säule der sozialen Rechte

Vor einem Jahr, am 17. November 2017, haben die Staats- und Regierungschef/innen der EU auf dem Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum in Göteborg die Europäische Säule der sozialen Rechte ausgerufen. Anlässlich des 1. Jahrestages mahnt die KOM, dass bis zu den Europawahlen 2019 noch Verhandlungsfortschritte bei zahlreichen Regelungen zur sozialen Säule notwendig seien. Im Verlauf des letzten Jahres hat die KOM mehrere Initiativen vorgelegt, die zur praktischen Umsetzung der Grundsätze der Säule beitragen sollen, darunter einen Vorschlag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige, neue Vorschriften im Bereich Arbeitsschutz, einen Vorschlag für verlässlichere und transparente Arbeitsbedingungen und einen Vorschlag für eine Empfehlung zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer/innen und Selbstständige. Mehrere der Vorschläge werden zurzeit noch zwischen dem EP und dem Rat verhandelt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181113-europaische-saeule-soziale-rechte-rasche-fortschritte_de

8.2. KOM: Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November 2018 fordert die EU in der Erklärung „Schluss mit Gewalt gegen Frauen“ der KOM und der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, ein globales Vorgehen gegen das globale Problem der Gewalt an Frauen. Gewalt gegen Frauen sei eine schwerwiegende Menschenrechtsverletzung, die dennoch auf der ganzen Welt immer noch weit verbreitet sei.

https://ec.europa.eu/germany/news/frauen20181123_de

8.3. KOM: Barrierefreiheit von Produkten und Dienstleistungen

Nach einer Erklärung der KOM vom 8. November 2018 erzielten die Verhandlungsparteien im Rahmen ihrer Trilog-Gespräche eine vorläufige Einigung über den Richtlinienvorschlag zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (Barrierefreiheitsrichtlinie oder European Accessibility Act – EAA).

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-18-6323_de.htm

8.4. EuGH: Verlust der Ansprüche auf bezahlten Jahresurlaub

Nach dem Urteil des EuGH vom 6. November 2018 darf eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer die erworbenen Ansprüche auf bezahlten Jahresurlaub nicht automatisch deshalb verlieren, weil sie/er keinen Urlaub beantragt hat. Weist der Arbeitgebende jedoch nach, dass der Arbeitnehmende aus freien Stücken und in voller Kenntnis der Sachlage darauf verzichtet hat, seinen bezahlten Jahresurlaub zu nehmen, nachdem er in die Lage versetzt worden war, seinen Urlaubsanspruch tatsächlich wahrzunehmen, steht das Unionsrecht dem Verlust dieses Anspruchs und – bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses – dem entsprechenden Wegfall einer finanziellen Vergütung nicht entgegen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-11/cp180165de.pdf>

8.5. EuGH: Urlaubsanspruch von verstorbenen Arbeitnehmenden

Der EuGH hat am 6. November 2018 entschieden, dass der Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub nach dem Unionsrecht nicht mit dem Tod der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers ersatzlos untergeht, wie es jedoch das nationale deutsche Recht vorsieht. Der Urlaubsanspruch ist daher vererblich, so dass die Erben eine finanzielle Vergütung für den vom Erblasser nicht genommenen Urlaub verlangen können. Sofern das nationale Recht eine solche Möglichkeit ausschließt und sich daher als mit dem Unionsrecht unvereinbar erweist, können

sich die Erben unmittelbar auf das Unionsrecht berufen, und zwar sowohl gegenüber einem öffentlichen als auch gegenüber einem privaten Arbeitgebenden.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-11/cp180164de.pdf>

9. Infrastruktur und Landesplanung

9.1. Rat: Erneuerung der Leipzig-Charta

Im Jahr 2007 haben die für Stadtentwicklung zuständigen Ministerinnen und Minister aller Mitgliedstaaten die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ verabschiedet. Nunmehr haben die Vorbereitungen zur Fortschreibung der Charta begonnen. Die Verabschiedung soll während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 2. Quartal 2020 erfolgen. Zusammen mit dem European Urban Knowledge Network (EUKN) und der BTU Cottbus-Senftenberg begleitet und unterstützt der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. die Erneuerung der Leipzig-Charta mit einem Dialogprozess auf nationaler und europäischer Ebene sowie mit einer Grundlagenstudie.

<http://www.deutscher-verband.org/publikationen/stichworte/stichworte-2018/leipzig-charta.html>

9.2. KOM: EU-Städteagenda

Bis Ende 2018 sollen die restlichen Aktionspläne zu den Themen „nachhaltige Flächennutzung“, „öffentliche Auftragsvergabe“, „Klimawandel“, „städtische Mobilität“, „Kreislaufwirtschaft“, „Wohnen“ sowie „Arbeitsplätze und Fähigkeiten in der lokalen Wirtschaft“ finalisiert werden. Der Aktionsplan „Energiewende“ wird voraussichtlich Anfang 2019 für eine öffentliche Konsultation zur Verfügung stehen. Künftig sollen auch zwei neue Partnerschaften zu den Themen „Kultur“ und „Sicherheit im öffentlichen Raum“ aufgebaut werden. Bis Ende 2019 könnte eine Evaluierung der EU-Städteagenda erfolgen.

<https://ec.europa.eu/futurium/en/urban-agenda>

9.3. KOM: Konsultation zu Bauproduktenverordnung

Am 18. Oktober 2018 hat die KOM die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zu den EU-Vorschriften für Produkte, die beim Bau von Gebäuden und Infrastrukturarbeiten verwendet werden, veröffentlicht.

<https://ec.europa.eu/docsroom/documents/32082?locale=de>

http://www.deutscher-verband.org/_newsletter/20181114/downloads/EU-Info_Oktober_November_2018.pdf (S. 8 Zusammenfassung)

9.4. Rat: Sicherung des Wettbewerbs in der Luftfahrt

Am 20. November 2018 haben Rat, KOM und EP eine vorläufige Einigung im Rahmen von informellen Triloggesprächen über eine Verordnung zur Sicherung des Wettbewerbs in der Zivilluftfahrt erzielt. Die Verordnung soll sicherstellen, dass die EU im Bereich Luftfahrt führend und mit schnell wachsenden Märkten gut verbunden bleibt. Die Verordnung ist das Ergebnis der „Luftfahrtstrategie für Europa“ der KOM aus dem Dezember 2015. Mit Hilfe der Richtlinie soll die EU wirksamer gegen unfaire Vorteile für Fluggesellschaften aus Drittstaaten vorgehen können.

<http://europa.eu/rapid/midday-express-21-11-2018.htm>

9.5. Rat und EP: Interoperabilität von Mautsystemen

Am 20. November 2018 haben Rat und EP eine vorläufige Einigung über ein Europäisches Elektronisches Mautsystem (European Electronic Toll Service) erzielt, wodurch die unterschiedlichen Mautsysteme in der EU interoperabel werden sollen.

<http://europa.eu/rapid/midday-express-21-11-2018.htm>

9.6. EP: Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr

Das EP hat am 15. November 2018 verbesserte Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr beschlossen. Dies betrifft bessere Rechte für Menschen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität, bessere Entschädigungen bei Verspätungen, eine EU-weit einheitliche Anwendung dieser Vorschriften, mehr Informationen für Bahnreisende zu ihren Rechten und fahrradfreundlichere Züge.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/society/20181005STO15109/fahrgastrechte-im-eisenbahnverkehr-neue-vorschriften>

9.7. KOM: Förderung für umweltfreundlichere Busse

Die KOM hat am 14. November 2018 entschieden, dass die von Deutschland geplante Förderung für die Nachrüstung von Dieselnissen, die im öffentlichen Nahverkehr eingesetzt werden, mit den EU-Beihilfenvorschriften im Einklang steht. Die Maßnahme kann zur Reduzierung der Stickoxidemissionen um mehr als 2000 Tonnen pro Jahr beitragen, ohne den Wettbewerb übermäßig zu verfälschen.

https://ec.europa.eu/germany/news/2018114-kommission-genehmigt-foerderung-umweltfreundlicherer-busse-deutschland_de

9.8. KOM: Fehlende Informationen über sichere Parkplätze

Die KOM hat mit Beschluss vom 8. November 2018 entschieden, Aufforderungsschreiben an Deutschland, Italien, Litauen, Luxemburg, die Niederlande und Österreich zu richten, da diese Mitgliedstaaten keine Informationen über sichere Parkplätze bereitstellten. Diese Verpflichtung ergäbe sich aus der entsprechenden Verordnung vom 15. Mai 2013. Problematisch ist aus Sicht der KOM, dass Lkw-Fahrende in der EU häufig keine ausreichenden Parkmöglichkeiten und Informationen über Parkplätze finden und daher häufig in nicht geschützten Bereichen oder sogar an gefährlichen Orten parken.

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-18-6247_de.htm

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013R0885&from=DE>

9.9. Rat: Hochgeschwindigkeitsschienennetz in der EU

Der Rat hat am 26. November 2018 den Sonderbericht des EuRH mit dem Titel „Europäisches Hochgeschwindigkeitsschienennetz: keine Realität, sondern ein unwirksamer Flickenteppich“ zur Kenntnis genommen. Er stellte fest, dass die im Sonderbericht ausgesprochenen Empfehlungen eine Anregung zu Überlegungen sind, wie sich ein effizientes, kostengünstiges, wettbewerbsfähiges, nutzerfreundliches und kohärentes Hochgeschwindigkeitsschienennetz in Europa verwirklichen lässt.

<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14233-2018-INIT/de/pdf>

10. Verschiedenes

10.1. EP: Was tut die EU für mich?

Am 14. November 2018 hat das EP eine neue Webseite „Was tut die EU für mich?“ vorgestellt. Diese enthält rund 1.800 Kurzdarstellungen zu EU-Initiativen, die direkt auf das Leben der EU-Bürger/innen einwirken, regional, im Beruf oder in der Freizeit. Die Darstellungen sind in zwei Hauptkategorien, „In meiner Region“ und „In meinem Leben“ unterteilt. Die Ausführungen zu der Region „Brandenburg“ enthalten auch einen direkten Link zu der Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU. Neben den Hauptkategorien werden unter der Rubrik „Im Fokus“ Abhandlungen zu verschiedenen Politikbereichen angeboten, die Errungenschaften der laufenden Wahlperiode und Aussichten für die Zukunft veranschaulichen.



<http://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20181109IPR18623/europawahl-2019-was-tut-die-eu-fur-mich>

<https://www.what-europe-does-for-me.eu/de/portal>

10.2. KOM: Eurobarometer-Umfrage

Am 6. November 2018 hat die KOM die aktuellen Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage zu Demokratie veröffentlicht. Danach sind in Deutschland 87% der Befragten (EU-weit 81%) für eine Offenlegung durch die sozialen Onlinedienste und Internetplattformen, welche Inhalte Online-Werbung sind und wer diese bezahlt. Zudem sind 85% der Befragten in Deutschland (EU-weit 80%) dafür, dass soziale Online-Netzwerke ihre Einnahmen von politischen Parteien und Kampagnengruppen bekannt geben. Weiterhin wünschen 76% der Befragten, dass im Vorwahlzeitraum für Online-Medien dieselben Regeln gelten wie für traditionelle Medien. Etwa zwei Drittel (EU-weit 67%, Deutschland 63%) der Interviewten sorgen sich, dass von ihnen im Internet hinterlassene personenbezogene Daten gezielt für politische Werbung genutzt werden könnten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181106-transparenz-werbung-soziale-netzwerke_de

10.3. KOM: Änderungen der Zusammensetzung von AdR und EWSA

Am 28. November 2018 hat die KOM Änderungen der Zusammensetzung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) vorgeschlagen. Von den jeweils 350 Sitzen der Ausschüsse sollen bis zum Ende der Amtszeiten im Januar bzw. September 2020 nach dem Austritt von UK aus der EU 21 Sitze als Reserve für mögliche Erweiterungen frei gehalten werden. Zypern, Estland und Luxemburg sollen jeweils einen zusätzlichen Sitz in beiden Ausschüssen erhalten, da sie zuvor jeweils einen Sitz nach dem Beitritt Kroatiens verloren hatten. Der Vorschlag erfordert die einstimmige Annahme im Rat.

https://ec.europa.eu/germany/news/20181128-ausschuss-der-regionen_de

III. Aktuelles aus der Landesvertretung

Informationsbesuch der EU-Referentinnen und Referenten

Am 5. und 6. November 2018 waren - wie jedes Jahr - etwa 50 Referentinnen und Referenten der Brandenburger und Berliner Landes- und Kommunalverwaltung für zwei Tage zu einem Europapolitischen Informationsbesuch in Brüssel. In Zusammenarbeit mit dem Besucher-

zentrum der KOM ein interessantes Referentinnen und Referenten und Referenten den Themen 2020 und Kohäsion auf der Tagesordnung- und Klima-



europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik, Arbeitnehmermobilität in der EU und Einbindung der kommunalen und regionalen Ebene in eine europäische Kreislaufwirtschaft. Daneben bestand die Möglichkeit des Networkings. Darüber hinaus wurden die Referentinnen und Referenten durch eine Vertreterin des Europäischen Parlamentes (Generaldirektion Kommunikation) über die Kampagne zu der Europawahl 2019 „diesmalwähleich.eu“ informiert. Dabei geht es nicht nur um die Wahl der Abgeordneten zum EP, sondern auch um die (Neu)Besetzung der Spitzenämter der KOM. An dieser Kampagne können sich alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen: <https://www.diesmal-waehleich.eu/> und den europäischen Gedanken verbreiten. In diesem Jahr wurde die Reise von dem Büro des Landes Berlin bei der EU organisiert. Dies geschieht jährlich im Wechsel mit der Brandenburger Landesvertretung.



cher-
wurde

Program - mit sachkundigen Referenten untersetzt - erarbeitet. Ne-Mehrjähriger Finanzrahmen nach onspolitk standen folgende Vorträge



IV. Öffentliche Konsultationen

Nachfolgend sind die durch die KOM im November eingeleiteten öffentlichen Konsultationsverfahren aufgeführt. Die Themenangaben sind mit weiteren Informationen zu der jeweiligen Konsultation verlinkt.

Alle laufenden Verfahren finden Sie unter: https://ec.europa.eu/info/consultations_de.

[Ex-post evaluation of the Trans-European Transport Network \(TEN-T\) programme 2007-2013](#)

Themen: Verkehr

Konsultationszeitraum: 15. November 2018 – 14. Februar 2019

[Evaluation of the 2008 European Critical Infrastructure Protection Directive](#)

Themen: Grenzen und Sicherheit, Migration und Asyl

Konsultationszeitraum: 19. November 2018 – 11. Februar 2019

[Konsultation zur Liste der als Vorhaben von gemeinsamem Interesse infrage kommenden Strominfrastrukturprojekte](#)

Themen: Energie

Konsultationszeitraum: 22. November 2018 – 28. Februar 2019

[Towards an EU Product Policy Framework contributing to the Circular Economy](#)

Themen: Umwelt

Konsultationszeitraum: 29. November 2018 – 24. Januar 2019

[Revising the rules for free allocation in the EU Emissions Trading System](#)

Themen: Klimaschutz

Konsultationszeitraum: 30. November 2018 – 22. Februar 2019

V. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesvertretung

Die Vertretung des Landes Brandenburg ist eine eigene Dienststelle und zugleich ein Referat der Abteilung IV (Europa) des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz.

Dr. Marcus Wenig – Leiter Tel.: 0032 2 737 74 50

(Grundsatzfragen, Beziehungen zu den EU-Institutionen, Partnerregionen)

Birgit Urban – stellvertretende Leiterin Tel.: 0032 2 737 74 63

(Wirtschaft, Energie; Regionalpolitik)

Marion Maurer Tel.: 0032 2 737 74 62

(Finanzen; Arbeit und Soziales)

Jens Hammerschmidt Tel.: 0032 2 737 74 56

(Inneres, Kommunales)

Christina Schlawe Tel.: 0032 2 737 74 64

(Infrastruktur, Landesplanung; Wissenschaft, Forschung, Kultur)

Katrin Gericke Tel.: 0032 2 737 74 65

(Ländliche Entwicklung, Umwelt, Landwirtschaft)

Marita Thielsen Tel.: 0032 2 737 74 53

(Justiz, Verbraucherschutz, Gesundheit)

Claudia A. Lehmann Tel.: 0032 2 737 74 58

(Verwaltung, Haushalt, Veranstaltungen, Praktika)

Peggy Navarro Tel.: 0032 2 737 74 52

(Büroassistentin)

Fritz Lehmann Tel.: 0032 2 737 74 61

(Hausmeister, Fahrer)

Adresse:

Vertretung des Landes Brandenburg bei der EU
Rue Joseph II / Jozef II straat 108
B- 1000 Brüssel

Telefon: 0032 2 737 74 51

Fax: 0032 2 737 74 69

E-Mail: poststelle@eulv.brandenburg.de

Web: www.eulv.brandenburg.de